

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezahlpreis monatlich 2,- RM. Bei Haus- und Postbeförderung 1,50 RM. gebührt Postporto. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postporto und Kosten, welche Zustellung u. Vertrieb der Zeitungen u. Werbung erfordert, werden auf die Zeitungen verrechnet. Der Vertrieb der Zeitungen u. Werbung ist durch den Herausgeber übernommen. Die Zeitungen werden nicht von einer Person verkauft. Der Vertrieb der Zeitungen u. Werbung ist durch den Herausgeber übernommen. Die Zeitungen werden nicht von einer Person verkauft.

Anzeigenpreise laut aufliegendem Tarif Nr. 4. — Nachteilungsverhältnisse: 10 Pf. — Anzeigenpreise für die Zeitungen und Werbung werden nach Möglichkeit bestimmt. — Anzeigen-Unternehmungen: 10 Pf. — Für die Richtigkeit der Angaben übernehmen wir keine Gewähr. — Ansprechpartner: Amt Wilsdruff Nr. 206 — Der Redaktionssatz erhältlich, wenn der Betrag durch Klage angegeben werden muss oder der Auftraggeber in Kenntnis gesetzt wird.

**Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt**

Nr. 70 — 94. Jahrgang

Telegr.-Adr.: "Tageblatt"

Wilsdruff-Dresden

Postleitzahl: Dresden 2640

Sonnabend, den 23. März 1935

## Französische Schauermärchen.

Mahvolle Rede Laval's, aber Hekreden Franklin-Bouillons und des französischen Kriegsministers.

Der französische Außenminister Laval sprach vor der Kammer in einem bewundernswerten ruhigen Ton, der in angenehmem Gegensatz zu der scharfen Rede des Ministerpräsidenten Blaizot steht, über ausßenpolitische Fragen und legte eine besondere Zuversicht an den Tag.

Laval gab zunächst die Einzelheiten der in Rom getroffenen Abmachungen über die kolonialen Fragen bekannt. Er wies darauf hin, daß

Frankreich in Afrika 114 000 Quadratkilometer mit 800 Einwohnern, an der Somaliküste 800 Quadratkilometer, davon 20 Kilometer Küstenstreite, mit 1000 Einwohnern an Italien abgetreten

habe. Frankreich habe sich aber ausdrücklich die freie Durchgangsstrecke zum Suezkanal gegeben lassen. Es sei nicht mehr als billig, daß Italien gegenüber diesen Ausständen auf seine bisher aufrechterhaltenden Ansprüche bezüglich der Nationalität und der Schulverhältnisse der Italiener in Tunis verzichtet habe.

Außenminister Laval ging dann in Erwiderung der verschiedenen Redner auf die allgemeine Politik ein. Das Ziel Frankreichs, so erklärte er, sei bei allen seinen Handlungen ein ehrenvoller und würdiger Frieden. Laval fügte hier ein

besonders Lob für Mussolini ein, dessen Entschlusskraft er in Rom bewundert habe. Mussolini habe sofort verstanden, daß die Politik beider Länder in den Dienst der Aufrechterhaltung des Friedens gestellt werden müsse. Die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Italien eröffne die besten Aussichten. Frankreich wolle von einem dauernden und gesetzten Frieden niemand ausschließen. Die in Vorbereitung befindlichen Pakte sollten der Organierung der allgemeinen Sicherheit dienen.

Frankreichs Politik sei niemals eine Aggressionspolitik gewesen. Alle Völker guten Willens müßten sich einigen.

Laval schloß seine Rede mit einer starken Aktionierung der Zuversicht für die nächste Zukunft.

Hierauf fand die Abstimmung statt, bei der die italienisch-französischen Kolonialabmachungen mit 555 gegen 9 kommunistische Stimmen angenommen wurden.

### "Der Schaffsall von Genf."

Der Abgeordnete Franklin-Bouillon, durch seine Hekreden berühmt, nahm Gelegenheit zu einem mit der gewohnten Leidenschaft vorgebrachten Angriff gegen Deutschland und gegen die französische Außenpolitik der letzten 15 Jahre. Immer habe Frankreich Zugeständnisse gemacht und nie dafür eine gleichwertige Gegenleistung erzielt. Frankreich zähle immer mehr und erhalte dafür nur Versprechen. Laval sei aber etwas zu großmütig gewesen und habe diesen Großmut seiner bejubeln müssen. Das sei die Folge der sinnlosen Politik, die Frankreich seit zehn Jahren aus wahlpolitischen Gründen Italien gegenüber geführt habe. Es sei genug mit der Lüge, daß ein gutes Deutschland gebe, das den Frieden wolle, und daß alles in Genf geregelt werden könne. (1)

Man solle anhören, an den Schaffsall von Genf zu glauben, denn auf der einen Seite seien dort Wölfe

und auf der anderen Seite Schafe. (1) Es sei keine gemeinsame Politik, wenn von englischer Seite die Rückkehr Deutschlands nach Genf verlangt werde, und von französischer Seite eine Note geschickt wurde, die die Rückkehr unmöglich mache. Deutschland habe durch seine Aufrüstung der zivilisierten Welt den Krieg erklärt. (1) Man müsse die Nationen des Friedens gegen die Mäuerer nationen (1) militärisch gruppieren. Man brauche keine Angst zu haben. Deutschland und Ungarn zusammen seien 80 Millionen Menschen, die die Vernichtung der Verträge und den Krieg wollten. Ihnen gegenüber wollten 400 Millionen Menschen die Aufrechterhaltung der Friedensverträge. Wenn man von Polen und England abscheide und annehme, daß sie neutral seien, blieben immer noch 320 Millionen Mann übrig. 15 Jahre hindurch habe Frankreich alle seine Trümpe ins Wasser geworfen. Werde man endlich die französische Karte spielen statt immer die Karte der anderen zu spielen?

### General Maurin sieht Gespenster.

Frankreichs Beitrag zur Befriedung Europas besteht wieder in der Verbrennung von Grenzmärchen über Deutschland. So soll der französische Kriegsminister, General Maurin, vor dem Heeresausschuss der Kammer erklären haben, daß die Stärke einer deutschen

Division binnen kurzer Zeit 20 000 Mann betragen werde, so daß das aktive Heer sich auf 720 000 Mann beziehen würde. Gegenwärtig arbeiten 20 Prozent der deutschen Kriegsmaterialfabriken. Große Mengen von Konsumgütern seien aufgekauft worden, besonders Olivenöl aus Portugal. Die Flugzeugfabriken stellen täglich 15 Apparate her, so daß Deutschland in drei Monaten über 1500 neue Flugzeuge verfügen könnte.

Der Kriegsminister soll ferner auf die umfassende militärische Ausbildung der deutschen Jugend hingewiesen und behauptet haben, daß der Arbeitsdienst eigentlich einem Dienstjahr gleichkomme. Die Vollendung des deutschen Heeresaufbauplanes könne im Frühjahr 1936 erwartet werden.

Die Phantasie Maurins ist bewundernswert. Aber scheinbar möchte der Herr General ernst genommen werden. Im übrigen kommt der Herdeschluß allzu deutlich zum Vorschein: Der Herr Kriegsminister will nämlich neue Rüstungsfabriken von der Kammer. Daher wieder das Schredgesetz der deutschen Aufrüstung. Der Pariser Korrespondent der "Daily Mail" weiß schon einige von Maurins Plänen zu berichten. Er meldet, daß die französischen Flugzeugfabriken jetzt Tag und Nacht mit voller Kraft an der Arbeit seien. Zu Ende des Jahres würde die französische Luftflotte auf eine Stärke von 4000—5000 Maschinen gebracht sein. Von den neuen Geschwadern würden die schweren schweren Bomber sein.

### Völkerbundsrat in der ersten Aprilwoche.

Zur Prüfung des französischen Antrages.

Das Völkerbundsssekretariat in Genf gab folgendes bekannt: Der ausübende Präsident des Völkerbundsrates, Dr. T. N. Aras (Türkei), hat beschlossen, daß der Völkerbundsrat im Laufe der ersten Aprilwoche zu einer außerordentlichen

Tagung zusammenentreten soll, um den Antrag der französischen Regierung zu prüfen. Der genaue Zeitpunkt der Einberufung des Völkerbundsrates wird später bekanntgegeben werden.

### Konferenz der vier europäischen Großmächte?

Die englische Presse über Simons Plan. — England wünscht die Mitarbeit Deutschlands.

In Ergänzung der sehr gemäßigten Rede des englischen Außenministers Simon im Unterhaus weiß das baltamatische Reuterbüro zu melden, daß Simon von der Möglichkeit einer Einladung an Deutschland zur Teilnahme an einer Viermächtekonferenz, die in Italien stattfinden soll, gesprochen habe. Reuter meldet dazu weiter, daß die Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens und gegebenenfalls Deutschlands dann die Möglichkeit hätten, die Lage auf Grund der Ministerbesuche unter veränderten Umständen zu besprechen.

Meldungen aus anderer Quelle besagen, daß Simon bei einem Diplomatenempfang von der Möglichkeit einer größeren Konferenz nach Abschluß der Ministerreise gesprochen habe. Das Ziel dieser Konferenz soll darin bestehen, an Stelle des Versailler Vertrages ein neues Abkommen zu schließen, das geeignet sei, die europäischen Fragen zum Wohle aller zu regeln. Voraussetzung für eine solche Konferenz sei, daß die Versprechen, die Simon und Eden jetzt führen werden, eine geeignete Grundlage für eine solche Konferenz brächten. — Das Ergebnis des Berliner Besuches, so heißt es wieder in anderen Londoner Berichten, müsse sein, daß Deutschland als praktisch und moralisch gleichberechtigter Staat das Seinige zum Aufbau des europäischen Friedens beitragen müsse.

Großfiegelsbewahrer Eden ist bereits nach Paris unterwegs. Man erwartet, daß die dortigen Dreimächtebesprechungen den ganzen Sonnabend in Anspruch nehmen werden. Eden beabsichtigt, am Sonntag früh von Paris nach Amsterdam zu fliegen, wo er von dem englischen Sonderflugzeug, das Sir John Simon und seine Begleiter nach Berlin bringen soll, an Bord genommen wird.

## Wirtschafts- u. Kultur-Aufbau

Ministerpräsident Göring über die Ziele nationalsozialistischer Politik.

Am Tage der zweijährigen Wiederkehr des Staatsaktes von Potsdam hatte Ministerpräsident General Göring den Preußischen Staatsrat zu einer Arbeitstagung im Preußensaal einberufen. Ministerpräsident Göring eröffnete die Arbeitstagung mit einer Ansprache, in der er alle aktuellen politischen Fragen behandelt und grundlegende Gesichtspunkte für die Behandlung der wirtschaftlichen und kulturellen Probleme angab, zu denen Reichsminister Raut und Reichskanzler Schacht in ihren Referaten eingehende Ausführungen machen.

Auftrittspunkt an das Ereignis von Potsdam führte Ministerpräsident Göring aus, daß damals wohl niemand zu hoffen gewagt habe, daß der Führer sein hohes Ziel, dem Reiche und der Nation Ehre und Freiheit wiederzugeben, so schnell verwirklichten würde, wie dies inzwischen geschieht. Ministerpräsident Göring zog an Hand von Beispielen Parallelen zu der Zeit des Wiederaufbaus Preußens nach dem Frieden von Tilsit und erwähnte als Beispiel die aus der preußischen Gemeindeverfassung herausgewachsene erste deutsche Gemeindeordnung.

"Alle Aufgaben, die zur Durchführung des Reichsneubaus seit der Machtergreifung zu erfüllen waren, konnten unter der starker Hand des Führers nur deswegen in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigt werden, weil für ihre Durchführung der Schwung der in der NSDAP zusammengeschlossenen Energien zur Verfügung stand".

So fuhr der Ministerpräsident fort. An dieser Arbeit hat auch die Beamtenchaft — nach der notwendigen Reinigung von politisch und charakterlich unzuverlässigen und indifferenten Elementen — einen wesentlichen Anteil. Die völlige Erneuerung des deutschen Beamteniums war nur deshalb möglich, weil bewährte alte Kämpfer der Partei in verantwortliche Stellen des Staatsdienstes eindrückten.

Der Schutz des Reichs nach außen und Einrichtung und Ausbau des Reichsgebäudes nach innen, das sind und bleiben die wichtigsten Ziele unserer nationalsozialistischen Ausbauarbeit. Daneben stehen aber noch

andere Aufgaben, die erfüllt werden müssen und die immer mehr in den Vordergrund treten. Unter ihnen sehe ich

### zwei Aufgaben zu immer größerer Wichtigkeit herauszuheben:

1. Die Sicherung der wirtschaftlichen Verteilung des Reichs auch für die Zukunft und damit die Sicherung von Brod und Arbeit für alle Bürgerschaften durch eine zweckentsprechende und fruchtbare Wirtschaftspolitik.

2. Die Fortführung und Vertiefung der Erziehung des deutschen Menschen zur unanrüchbaren Erkenntnis und zur reellen Beteiligung im Dienste der nationalsozialistischen Idee durch eine auf dieses Endziel abgestufte Kulturpolitik.

Oberstes Ziel der wirtschaftlichen Maßnahmen der vergangenen zwei Jahre war die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Das Jahr 1934 brachte zwar insofern einen gewissen Wandel, als sich die eigene Kraft der Wirtschaft wieder stärker in den Vordergrund stellte. Grundsätzlich ist zur

Frage der öffentlichen Arbeitsbeschaffung zu bedenken: Die Unternehmerschaft wird sich insbesondere davor hüten müssen, daß infolge der staatlichen Anträge die eigene Initiative einschläft. Der Staat muß von der Wirtschaft verlangen, daß sie ihre nationale Pflicht erfüllt. Dazu gehört unter den gegebenen Verhältnissen vor allem auch eine möglichst rege Beteiligung im Export.

Auch auf der Arbeitnehmerseite muß dafür gesorgt werden, daß sich im Zeichen einer Sonderkonjunktur keine unerträglichen Erschließungen entwickeln, die zu unerträglicher sozialer Ungerechtigkeit führen.

Die allgemeine Hebung des Lebensstandards des deutschen Volkes ist und bleibt das Ziel nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik.

Leider sind wir heute noch nicht in der Lage, diese Aufgabe vollkommen zu lösen, ja es gilt noch immer, den Rest von Arbeitslosen überdauert erst einmal wieder in die Arbeit zu bringen. Diese Situation stellt hohe Anforderungen an Einsicht und guten Willen der Arbeiterschaft. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, hier einmal auszusprechen, wie rückhalloos ich die Haltung des deutschen